

Ercheinungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 60 Mt., Familienanzeigen 35 Mt., Nekrologen 20 Mt. x Schlüsselzahl. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. Samstag, Den 27. Oktober 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 110 000 000 Mt. wöchentlich. Postbezugspreis 110 000 000 Mt. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 20 000 000 Mt. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Rede des Reichskanzlers, die wir gestern nur zur Hälfte vom Wolkföhrer erhalten haben, hat noch weitere besonders bemerkenswerte Ausführungen. Der Reichskanzler wies mit Nachdruck die Klage von der Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des Krieges zurück. Er fragte, was England tue, um die Rechtswidrigkeit des französischen Ruhrrechts aus dem Wege zu räumen, und erinnerte die Alliierten überhaupt daran, daß sie durch den Versailler Vertrag sich auch für die Beobachtung der Grenzen Deutschlands eingesetzt haben. Deutschland werde für seine Freiheit noch weitere materielle Opfer bringen, aber vorerst werde es keine weiteren Leistungen ausführen, weil die Besetzung des Ruhrgebiets unzulässig sei. Zur inneren Lage sagte er, daß er den Konflikt zwischen Bayern und dem Reich für erledigt halte, und daß jetzt jeder Parteistreit zu schweigen habe.

Die Auffassung des Reichskanzlers über das Verhältnis zu Bayern wird vom bayerischen Staatskommissar, Herrn von Kahr, widerlegt; er erklärt, daß er mit der gegenwärtigen Regierung überhaupt nicht verhandele.

Auf einen Schritt Englands hin hat sich Amerika bereit erklärt, an einer Konferenz der Alliierten teilzunehmen, die über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands beraten soll, und damit das Reparationsproblem. Poincaré hat erklären lassen, daß er zur Berufung einer Kommission seine Zustimmung gebe; diese müsse aber von der Reparationskommission bekräftigt werden. Außerdem dürfe an dem Versailler „Vertrag“ nicht gerüttelt werden. Mit lauter Konferenzen wird Deutschland schließlich zu Tode gedroht.

Baldwin hat wieder einmal eine schöne Rede gehalten. Er gab seiner Freude Ausdruck über die Teilnahme Amerikas an der Reparationsfrage, und behauptete, England werde keine Aenderung der Verhältnisse am Rhein zulassen. — Laten möchte man in Deutschland jetzt endlich sehen. Schöne Worte haben wir genug gehört.

Der Reichskanzler vor den Vertretern des besetzten Gebiets.

Schluß der Rede.

Einmal müsse, so betonte der Reichskanzler mit Nachdruck, die Zeit vorüber sein, wo man mit Deutschland nur auf dem Wege der Diktatur weiterreden wollte. (Wiederholter, stürmischer Beifall.) Deutschland sei zwar schwach und könne sich nicht wehren, wenn man es vergewaltige, aber man könne es nicht zwingen, seine Unterschrift unter diese Vergewaltigung zu setzen. Die Regierung habe das Letzte getan, um die Wirtschaft im Ruhrgebiet wieder in Gang zu bringen. Sie habe die Wirtschaftsvorteile ermächtigt, mit Frankreich zu verhandeln und habe sich trotz der furchtbaren finanziellen Not des Reiches zu weitgehenden finanziellen Opfern für die Zukunft bereit erklärt, um die Summen zu garantieren, die die Wirtschaft mit Hilfe ausländischer Kredite aufbringen solle, um die Reparationslieferungen an Frankreich durchzuführen. Die Verhandlungen hätten ein Ergebnis bisher nicht gehabt. Aber bis zum letzten Augenblick wolle er hoffen, daß sie doch noch zu einem Abschluß führten, denn wenn das nicht geschehe, so sehe er furchtbare Folgen: Hungersnot, Wirrwarr und Chaos. Wenn es zu keiner Abmachung komme, würden in kurzer Zeit 500 000 Bergarbeiter mit ihren Familien ohne Brot und Arbeit sein. Deutschland stehe am Ende seiner wirtschaftlichen Kraft. Es könne dieser Not nicht steuern und auf Frankreich falle die ganze Verantwortung für dieses furchtbare Elend. Die deutsche Regierung habe sich in dieser furchtbaren Katastrophe an die charitativen Verbände in allen Ländern, und an das Rote Kreuz in der ganzen Welt gewandt, damit diese bei der bevorstehenden Hungersnot im besetzten Gebiet eingriffen. Die deutsche Regierung hoffe, daß dieser Appell in der Welt nicht ungehört verhallen werde. Deutschland habe an Reparationen schon mehr geleistet, als es mit Rücksicht auf das deutsche Volk hätte tun dürfen. Aber die deutsche Regierung, an deren Spitze er stehe, sei zu weiteren Opfern bereit gewesen für die Freiheit der deutschen Erde. Kein materielles Opfer sei zu hoch, als daß es nicht gebracht werden könne und müsse für die Freiheit des deutschen Volkes und des deutschen Bodens. Bei der Wahl zwischen Freiheit und Besitz werde sich ein ehreliebendes Volk für die Freiheit entscheiden.

Aber im Augenblick könne Deutschland seine weiteren Leistungen aus dem Friedensvertrag schwer erfüllen, solange Rhein und Ruhr von ihm abgeschnitten seien. Und Deutschland werde auch keine weiteren Leistungen mehr ausführen, weil die Besetzung des Ruhrgebiets eine unzulässige sei. Deutschland lasse sich sein Recht nicht beugen, ohne sich dagegen zu wehren und dagegen zu protestieren. In dieser Auffassung sei ein großer alliierter Staat Frankreichs mit Deutschland einig. Aber, so könne man wohl fragen, was tue England, um diese Rechtswidrigkeit aus dem Wege zu räumen in einer Angelegenheit, in der die Ehre aller Alliierten engagiert sei und bei einem Vertrag, der die Unterschrift aller trage? Deutschland bitte nicht um Gnade, aber es fordere sein Recht aus dem Vertrag, ganz gleich, ob England in einem Punkte für oder gegen uns ist. Die Entscheidung darüber, ob Rhein und Ruhr zu Deutschland gehörten, müsse bald fallen. Das wolle die Regierung nicht um ihres Volkes, sondern auch um der Welt willen. Wenn man aus klar erkennbaren Gründen immer wieder von französischer Seite den Versuch mache, Deutschland die Alleinschuld am Weltkrieg aufzubürden, so wolle er diese Kriegsschuldfrage mit aller Entschiedenheit zurück. Deutschland habe seine Archive aller Welt geöffnet und habe sich bereit erklärt, sich einem internationalen Gerichtshof zur Beurteilung seiner Kriegsschuld zu unterwerfen. Wenn die andern ein so gutes Gewissen hätten wie Deutschland, so sollten sie erst einmal dasselbe tun. Der Reichskanzler kam dann darauf zu sprechen, daß man in letzter Zeit ihm öfter den Vorwurf gemacht habe, er verführe undiplomatisch, weil er mit aller Offenheit über den furchtbaren Ernst der deutschen Lage sich geäußert habe. Demgegenüber müsse er betonen, daß er sich allerdings vorgenommen habe, dem Volk lieber die Wahrheit zu sagen, als es in Illusionen zu wiegen, aus denen es dann ein furchtbares Erwachen gebe. So müsse er auch heute sagen, daß auf fremde Hilfe nicht zu rechnen sei. Das deutsche Volk stehe allein. Es solle auch nicht bald nach dieser, bald nach jener Hand greifen, als ob von da Hilfe kommen könne. Aller deutscher Wiederaufbau müsse von dem sittlichen Empfinden des deutschen Volkes ausgehen. Die Technik und die Wirtschaft allein könnten nicht die Rettung bringen. Das Wichtigste aber sei die Luft und die Freude an der Arbeit. Nur das Pflichtgefühl könne uns retten. Noch etwas anderes tue Not. In dem Augenblick, wo Deutschland von außen her so schwer bedroht sei, sei nichts gleichgültiger und überflüssiger als die Parteiprogramme. Jetzt wo die Karre im Dreck stecke, sei nur der wahrhaft national, der ohne Zögern mitzueilen, um sie aus dem Dreck wieder herauszuziehen, nicht aber der, der dabeistehende und erkläre: Ihr seid nicht die rechten Leute. Der Reichskanzler sagte weiter, er sei gewiß ein alter Parlamentarier und wisse, daß es im politischen Streit oft hart auf hart gehe, aber es könne nicht so weitergehen, daß die Leute, die ihr politisches Ansehen, ja ihr Leben vielleicht aufs Spiel gesetzt hätten, als sie in die Regierung eingetreten seien, persönlich angegriffen und verunglimpft würden. „Nur sie durch Maj Kraft“, das werde einst auf dem Reichstagen des deutschen Volkes stehen, wenn es nicht aus dieser Uneinigkeit ganz schnell herauskomme. Es sei auch ein unerträglicher Zustand, daß in einem Augenblick, wo die deutsche Regierung durch ihre diplomatischen Vertreter im Auslande eine Erklärung habe überreichen lassen, daß die volle Verantwortung für die zukünftigen Ereignisse im Ruhrgebiet auf Frankreich lasse, innerpolitische und innerstaatliche Streitigkeiten sich erheben. Nach der Besprechung, die die deutschen Ministerpräsidenten gestern in Berlin gehabt hätten, hoffe er, daß die Mißverständnisse zwischen Bayern und dem Reich zu Ende seien. Es sei selbstverständlich, so wolle er nachdrücklich betonen, daß in dem Kampf um die Erhaltung der deutschen Pfalz die deutsche Regierung Seite an Seite mit Bayern stehe. Unter dem Schutz französischer Bajonette dürfen solche Dinge wie in der Pfalz nicht geschehen. Der Weg müsse da gegangen werden, den die Verfassung zeige. Gegen das unerhörte vertragsbrüchige Verhalten des Generals de Metz in der Rheinpfalz habe die deutsche Regierung bei Frankreich Protest eingelegt und werde diesen Protest auch noch bei allen übrigen Alliierten erheben. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt müsse immer und immer wieder auf diese Dinge gestoßen werden. Gebe es bei dieser furchtbaren ernsten Lage noch eine Möglichkeit, optimistisch zu sein? Man könne daran zweifeln und doch wäre der Weg durch das Dunkel der Gegenwart unmöglich, ohne einen Glauben, der Berge versetze, einen Glauben, der auch auf die Zukunft Deutschlands vertraue. Die Weltgeschichte sei das Weltgericht. Sei Deutschland sittlich nicht groß genug gewesen, um sein Schicksal zu wenden? Wolle die Weltgeschichte wirklich, daß Deutschland ein hungernes Sklavenvolk werde? Das wolle er nie und nimmer glauben.

Gewiß sei die Gegenwart Not, Elend und Unterdrückung, aber im Vertrauen auf eine bessere Zukunft müsse diese Gegenwart ertragen werden. Er glaube an eine deutsche Zukunft, auf die unser großes deutsches Volk ein Anrecht habe. Langanhaltender, brausender Beifall folgt den Worten des Kanzlers. Nach der Rede sang die Versammlung das Deutschlandlied.

Bayern lehnt jedes Verhandeln mit der gegenwärtigen Reichsregierung ab.

Berlin, 26. Okt. Wie die Blätter aus München melden, teilt das bayrische Staatskommissariat mit, daß vielfach umlaufende Gerüchte, daß der Konflikt zwischen der bayrischen und der Reichsregierung beigelegt werden soll, zu zahlreichen Anfragen an den Generalstaatskommissar geführt haben. Herr von Kahr hat diese Anfragen dahin beantwortet, daß er jedes Verhandeln in dieser Sache mit der gegenwärtigen Reichsregierung ablehnt.

Amerika nimmt die Einladung zu einer Reparationskonferenz an.

Amerikanische Anregung einer Konferenz der Alliierten zur Regelung der Reparationsfrage.

Brüssel, 27. Okt. (Agence Belge.) Hier verlautet, ohne daß eine Bestätigung zu erlangen gewesen wäre, die englische Regierung habe Belgien eine Anregung der amerikanischen Regierung übermittelt, die ein Zusammenwirken aller an einer Regelung der Reparationsfrage interessierten Alliierten Länder bzw. die Ernennung eines beratenden Sachverständigenausschusses durch die Reparationskommission vorschläge. Es wird weiterhin zugefügt, die belgische Regierung prüfe die Frage und erwäge, welche Stellung sie dazu einnehmen solle. — Wenn es sich so verhält, erscheint es als ziemlich wahrscheinlich, daß die belgische Regierung für den zweiten Teil der Anregung sich entscheiden wird.

London, 27. Okt. Reuter erfährt, in britischen Kreisen sei man bezüglich der Einberufung einer internationalen Reparationskonferenz hoffnungsvoll gestimmt. Man werde zunächst die Antworten auf die Einladung abwarten, die an die Alliierten übersandt worden sei. In dieser Einladung werde weder der Ort, noch das Datum der vorgeschlagenen Konferenz festgesetzt.

Bedingte Annahme der Anregung Amerikas durch Poincaré.

Paris, 26. Okt. In seiner Rede in Plymouth hat Baldwin Poincaré aufgefordert, er möge den Vorschlag des Präsidenten der Vereinigten Staaten, eine Konferenz einzuberufen, die die Zahlungsfähigkeit Deutschlands bestimmt, annehmen. Der diplomatische Redakteur der Havasagentur glaubt bemerken zu können, daß Poincaré namens der französischen Regierung schon in Washington mitgeteilt hat, daß er die Bildung dieser Sachverständigenkommission annehmen wird und daß er sich beglückwünsche, daß die amerikanischen Vertreter mitarbeiten wollen. Aber an diese Annahme müsse er eine Bedingung knüpfen, die er wiederholt ausgesprochen habe: Sie dürfe dem Vertrag von Versailles keinen Abbruch tun. (Außer zu Gunsten Frankreichs, wie es bisher geschehen ist.) Die Sachverständigen müssen also in voller Freiheit von der Reparationskommission bestimmt werden.

Baldwin über die gegenwärtige Lage.

London, 26. Okt. Im Verlauf seiner bedeutsamen Rede in Plymouth nahm Baldwin Bezug auf den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über die internationale Konferenz über das Reparationsproblem, an der Amerika teilzunehmen bereit sein würde. Baldwin sagte, seit der Reise Bonar Laws im letzten Januar habe die britische Regierung jederzeit eine fest umgrenzte Politik bezüglich der Reparationen, der Schulden und der Garantien für die künftige Sicherheit der Alliierten, sowie für die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen verfolgt. Diese Politik sei so häufig erläutert worden, daß kein Zweifel bezüglich ihrer Hauptpunkte bestehen könne. Sie seien im Auslande und im Inlande gut bekannt. Abgesehen von dem Bedürfnis nach einer fest begrenzten Politik, mit dem Bedürfnis nach Sicherheit und nach einer gemeinsamen Politik der Mächte,

die in der gleichen Weise an der Verwirklichung dieser Politik interessiert seien, sei der Wunsch der Regierung gewesen, dieses Ziel durch gemeinsame Beratungen zu erreichen, um dadurch zu einer gemeinsamen Aktion zu gelangen. Die britische Regierung habe zahlreiche Anregungen gegeben, ohne dabei die Grenzen des Friedensvertrages zu überschreiten oder etwas zu tun, was mit ihm nicht in Einklang stehe. Es sei gefragt worden, warum nach der britischen Note vom 11. August 1923 die darin als möglich angekündigte Sonderaktion nicht unternommen worden sei. Die Antwort darauf sei einfach: Man hatte damals die Überzeugung, daß bis zum Empfang der alliierten Antworten der passive Widerstand von Deutschland eingestellt sein würde. (1) Außerdem seien zu dieser Zeit die Premierminister der Dominions unterwegs gewesen. Endlich habe er damals eine Zusammenkunft mit Poincaré in Aussicht gehabt. In einer Uebersicht über die Geschichte der letzten Wochen nahm Baldwin Bezug auf die Erklärung des Präsidenten Coolidge, daß die amerikanische Regierung noch immer bereit sei, sich an einer internationalen Erörterung zu beteiligen. Amerika habe weiterhin die britische Regierung verständigt, daß, wenn es von allen Alliierten eingeladen werde, es sich bei der Untersuchung von Sachverhältnissen unter den Auspizien der Reparationskommission vertreten lassen würde. Großbritannien habe die Alliierten freiwillig aufgefördert, sich ihm anzuschließen und eine Einladung an Amerika zu richten.

Bezüglich der Deutschen Reparationen sagte der Premierminister, Deutschland müsse eine gerechte Buße (?) für den Krieg bezahlen. Aber um die Reparationen zu bezahlen, müsse seine Währung stabilisiert und müßten seine Finanzen unter Kontrolle gestellt werden. Im Hinblick auf die Ereignisse der letzten zwei Jahre müsse der Gesamtvertrag der Reparationen von neuem festgestellt werden. Bezüglich des Appells, den Großbritannien an die europäischen Alliierten wegen der vorgeschlagenen Konferenz gerichtet hat, erwähnte der Premierminister, daß die bisher eingegangenen Antworten alles andere als ermutigend seien. Baldwin erwähnte ferner, daß die Regierung beabsichtige, mit dem Bau von leichten Kreuzern fortzufahren. Diese Maßnahme stehe in Übereinstimmung mit den Washingtoner Beschlüssen. Weiter gab Baldwin die Erklärung ab, daß England die Losreißung eines Teiles Deutschlands nicht in Betracht ziehen könne. Die Lage sei heute ernst. Es sei für ihn daher unfählich, daß, wenn sich wie augenblicklich die Aussicht auf eine Regelung biete, es jemand geben könne, der sie ablehne.

Bevorstehende Beratung der deutschen Note in der Reparationskommission.

Paris, 26. Okt. Der diplomatische Redakteur der Havasagentur ist in der Lage anzukündigen, daß die deutsche Note an die Reparationskommission offiziell am kommenden Dienstag diskutiert werden wird. Der französische Delegierte werde sich der Vernehmung der deutschen Delegierten über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nicht widersetzen; im Gegenteil, er werde seinen Kollegen vorschlagen, die Methoden anzunehmen, die im Friedensvertrag vorgesehen sind. Jedoch sei es wahrscheinlich, daß er formelle Reserven hinsichtlich des schlechten Willens machen werde, von dem Deutschland bis jetzt bei der Sanierung einer Finanzen und der Erfüllung seiner Verpflichtungen den Beweis gegeben habe. Es scheine übrigens, daß die Delegierten der anderen Mächte (Belgien, England und Italien) im Allgemeinen geneigt seien, diese Art des Vorgehens zu billigen.

Wiedereröffnung der Verhandlungen zwischen den Ruhrindustriellen und der Ingenieurkommission.

Berlin, 27. Okt. Wie die Blätter hören, sind gestern im Ruhrgebiet die Verhandlungen zwischen den Vertretern der deutschen Ruhrindustrie und der Ingenieurkommission wieder aufgenommen worden.

Auch die italienische Presse macht wieder Sprüche.

Rom, 24. Okt. Die übereinstimmenden Kommentare der faschistischen und oppositionellen Presse beweisen, daß in Italien die Beunruhigung wächst über den Zerfall Deutschlands und die schrankenlose Erfüllung der äußersten französischen Vernichtungspolitik. Der faschistische „Corriere Italiano“ schreibt in seinem Leitartikel, Italien könne nicht mehr seine Augen davor verschließen, wie Frankreich den Reparationsvorwand benütze, um durch militärischen Druck Deutschland aufzulösen und das Gleichgewicht des europäischen Festlandes zu zerstören. Ähnlich schreibt die oppositionelle „Voce Repubblicana“: Italien sei in höchstem Grad daran interessiert, daß Frankreich das Reparationsproblem nicht auf politischen Boden versee. Die Vorgänge, die sich jetzt in Deutschland unter dem französischen militärischen Druck ereignen, hätten nichts mit dem Reparationsproblem zu tun. Die italienische Regierung würde die nationalen Interessen verraten, wenn sie nicht darauf bestände, daß das Reparationsproblem seinen wirtschaftlichen Charakter behalte.

Lebensmittelunruhen im Ruhrgebiet.

Berlin, 27. Okt. Einer Blättermeldung aus Barmen zufolge ist es gestern wiederum in verschiedenen Orten des Ruhrgebiets zu Lebensmittelunruhen gekommen. Die Polizei mußte mehrfach einschreiten. Ein besonders schwerer Zusammenstoß ereignete sich zwischen Erwerbslosen und Polizei in Essen. Die Polizei wurde von der Menge angegriffen und mit Steinen beworfen. Ein mit Polizeibeamten besetzter Straßenbahnwagen wurde umgeworfen. Mehrere Straßenbahnzüge wurden angehalten und als Barrikaden benützt. Die Polizei mußte schließlich von der Schußwaffen Gebrauch machen. Es sollen dabei 5 Personen getötet und 16 verletzt worden sein. Nach einer anderen Version soll die Zahl der Toten sogar 7 und die der Verwundeten 30 betragen.

Die Lage am Rhein.

Neue Anstrengungen der Sonderbündler mit Hilfe der Besatzungstruppen.

Krefeld, 25. Okt. Gestern nachmittag wurde das Rathaus von Sonderbündlern erstickt. Die darin befindliche Polizei mußte wegen Mangel an Lebensmitteln und Munition die Verteidigung aufgeben. Die Separatisten geleiteten die Beamten, denen die Säbel gelassen wurden, nach Hause. Die städtischen Beamten erklärten sich im Interesse der Bevölkerung zu ordnungsmäßiger Fortführung der Geschäfte bereit. Zwischen der Stadtverwaltung und den Sonderbündlern finden Verhandlungen statt, die bisher zu keinem Ergebnis führten. Nach neueren Feststellungen forderte der Kampf um das Rathaus eine Reihe Opfer. Kurz vor dem Waffenstillstand wurde ein Polizist durch einen Kopfschuß getötet. Mehrere Polizeibeamte sind verwundet worden. Auch zwei Zivilpersonen wurden erschossen.

Biebrich, 25. Okt. Am Dienstag nachmittag gegen 2 Uhr erschien ein mit Sonderbündlern besetztes Auto, das jedoch angehts der Menschenansammlungen am Rathaus bald wieder kehrt machte. Am Abend griff mehrmals Kavallerie ein, um Ansammlungen in der Rathausstraße zu zerstreuen. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Wiesbaden, 25. Okt. Den Blättern zufolge wurden hier 7 Polizeibeamte von den Besatzungsorganen ausgewiesen, während Polizeirat Beuth seines Amtes enthoben wurde. Die Separatisten halten das Regierungsgebäude, das Rathaus, die Polizeidirektion und das Landhaus noch immer besetzt.

Nachen, 25. Okt. Bei dem heutigen Eindringen der Polizei in das Regierungsgebäude wurde ein belgischer Gendarm erschossen. Da die deutsche Polizei keinen Schuß abgegeben hat, kann er nur von einem Sonderbündler herrühren. In die Krankenhäuser sind heute weitere 5 Verwundete eingeliefert worden. In der Nähe des Regierungsgebäudes wurde ein deutsches Sanitätsauto von belgischen Soldaten beschossen. Zwei Polizeibeamte, die an der Räumung des Regierungsgebäudes beteiligt waren, wurden schwer verletzt, befinden sich aber nach Aussagen der Ärzte nicht mehr in unmittelbarer Lebensgefahr. Eine Abteilung, die das Regierungsgebäude gegen weitere Uebersälle sichern sollte, ist heute vormittag um 11 Uhr von den Belagerten entworfen worden. Wie von der Besatzungsbehörde bekannt gegeben wurde, müssen alle Studenten der Technischen Hochschule, die nicht Nachener sind, bis zum 27. Oktober die Stadt verlassen.

Verhaftung des „Oberbefehlshabers“ der rheinischen Landesvertreter.

Neuß, 26. Okt. In der vergangenen Nacht wurde der „Oberbefehlshaber der Rheinarmee“, Leitner, der sich mit Begleitung auf der Durchreise von Duisburg nach Düren befand, festgenommen. Im Besitz des Verhafteten fand man umfangreiches Material, das ihn des Landesverrats und einer Reihe anderer Straftaten überführt, sowie auch reichliche Geldmittel und Waffen. Die Insassen des Begleitautos konnten sich im letzten Augenblick durch Flucht in das belgische Hauptquartier der Festnahme entziehen. Der Oberbefehlshaber wurde von der zuständigen Stelle abtransportiert. — Die Nacht ist ruhig verlaufen.

Ausweisung der Nachener Studenten.

Nachen, 26. Okt. (Drahtb. W.-B.) Bei dem heutigen Eindringen der Polizei in das Regierungsgebäude wurde ein belgischer Gendarm erschossen. Da die deutsche Polizei keinen Schuß abgegeben hat, kann er nur von einem Sonderbündler herrühren. Wie von der Besatzungsbehörde bekanntgegeben wurde, müssen alle Studenten der Technischen Hochschule, die nicht Nachener sind, bis zum 27. Oktober die Stadt verlassen.

Französischer Bericht über die Lage im Ruhrgebiet.

Paris, 24. Okt. Der Minister für öffentliche Arbeiten, Le Troquer, hat dem Berichterstatter des „Temps“ nach Schluß des heutigen Ministerrates folgende Angaben über seine gestrigen Feststellungen im Ruhrgebiet gemacht: Der Eisenbahnregie seien 90 000 Einstellungsgesuche deutscher Eisenbahner zugegangen. Sie nehmen aber nur 3000 bis 4000 täglich je nach Bedarf und nach minutiöser Siebung (!) an. Lokomotiven seien genügend vorhanden. Aber es handle sich noch darum, die 30 000 Waggon zu erheben, die die Deutschen zu Beginn der Ruhrbesetzung nach dem nichtbesetzten Deutschland abgeschoben hätten. Zu diesem Zweck seien Bemühungen im Gange. Trochdem Deutschland es abgelehnt habe, irgendeine Verpflichtung hinsichtlich der Bezahlung der Sachlieferungen zu übernehmen, habe sich schließlich eine Anzahl Industrieller des besetzten Gebietes mit der französisch-belgischen Ingenieurkommission über die Aufnahme der Kohlenlieferungen verständigt, die bereits jetzt täglich 8000 Tonnen erreiche.

Amerika und Deutschland.

Amerikanisches Getreide für Deutschland?

Newyork, 27. Okt. (Durch Funkdruck.) Mehrere große Getreidehändler unterbreiteten dem Präsidenten Coolidge den Plan des Verkaufes von 50 Millionen Bushels Weizen an Deutschland, um einerseits den amerikanischen Weizenbauern einen Verdienst zu verschaffen, andererseits um Deutschland in seinen Ernährungsschwierigkeiten zu helfen. Die Getreidehändler befürworteten, daß der Verkauf dieser 50 Millionen Bushels durch Wechsel geschehe, die von der Kriegsfinanzkorporation ausgestellt werden sollten. Deutschland werde eine Zahlungsfrist von zwei Jahren und mehr eingeräumt. Dem Vernehmen nach bringt Präsident Coolidge dem Plan warmes Interesse entgegen. — Man wird abwarten müssen, was aus diesem schönen Vorschlag wird. Besser wäre es, der Herr Präsident würde für die Prinzipien eintreten, für die Amerika angeblich gekämpft hat, damit wäre Deutschland gründlicher geholfen.

Die gegenseitigen deutschen und amerikanischen Ansprüche aus dem Kriege.

Newyork, 24. Okt. (Durch Funkdruck.) Nach einer Meldung der „Associated Press“ aus Washington teilte der amerikanische Vertreter in der deutschamerikanischen Kommission zur Regelung der gegenseitigen Ansprüche, Bonyng, dem Präsidenten Coolidge mit, daß die 12 000 der Kommission eingereichten Ansprüche in Höhe von 1 Milliarden Dollar wahrscheinlich innerhalb eines Jahres vollkommen geregelt sein würden.

Deutschland.

Beratungen im Reichskabinett.

Berlin, 27. Okt. Das Reichskabinett, das gestern Nachmittag eine Sitzung abhielt, ist, den Blättern zufolge, in der neunten Abendstunde nochmals zu einer Beratung zusammengetreten, um sich, laut „Berliner Lokalanzeiger“, mit der bayrischen Frage zu befassen. Wie das Blatt weiter teilt, sei gestern auch die Lage in Sachsen Gegenstand von Verhandlungen in Berlin gewesen. Der sächsische Zivilkommissar Meyer habe sich gestern Abend wieder nach Dresden zurückbegeben.

Sachsen.

Berlin, 27. Okt. Wie mehrere Blätter aus Dresden melden, ist die am Dienstag über den Chef der sächsischen politischen Partei, Regierungsrat Haupe, den Polizeihauptmann Keibel und den Kraftwagenführer Mittenzweil verhängte Schußhaft gestern wieder aufgehoben worden.

Erklärung

der deutschnationalen Landesverbände.

Berlin, 27. Okt. Die Vorstände der deutschnationalen Landesverbände trafen gestern in Berlin zu Beratungen zusammen. Es wurde eine Erklärung beschlossen, in der die erforderlichen Maßnahmen gegen die „Hochverräter in der Pfalz und in Sachsen“ und die Herbeiführung der Genehmigung des Reichstags hierzu gefordert werden. Es wird weiter erklärt, daß die deutschnationalen Landesverbände aus voller Ueberzeugung zu dem antimarxistischen Vorgehen des Herrn von Rahr stehen. Schließlich wird die Entfernung der Sozialdemokratie aus der Regierung und der Aufbau der neuen Reichsregierung auf nationaler Grundlagen verlangt.

„Sturm“ auf die Reichsbank in Berlin nach Zahlungsmitteln.

Berlin, 26. Okt. Infolge der letzten sprunghaften Aufwärtsbewegung des Dollars sind die Anforderungen an die Reichsbank als Geldverforgungsinstitut so ins Riesenhafte gestiegen, daß es der Bank nicht möglich ist, auch nur einen Bruchteil der Forderungen nach Papiergeld, die in die Trillionen gehen, zu befriedigen. Die Reichsbank Berlin ist seit heute Mitternacht von Tausenden von Menschen und Hunderten von Führern umlagert. Die Menschenmassen stauen sich bis hinunter zum Spittelmarkt. Der Verkehr in den an die Reichsbank grenzenden Straßen ist lahmgelegt. Ein besonderes Polizeiaufgebot sorgt für Ruhe und Ordnung. Der Chef des Banknotenwesens der Reichsbank, Dr. Schott, erklärte einem Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“, daß die Reichsbank ihre Zahlungen von morgen ab schon teilweise in Rentenmark leisten werde. Es handle sich um die Beträge, die das Reich der Reichsbank schuldig war und die der Reichsbank von der Rentenmark bereits überwiesen worden sind. Ferner sollen morgen $\frac{1}{10}$ Dollarstücke der Goldanleihe in größeren Mengen in Umlauf gebracht werden.

Die Unruhen im Innern

Frankfurt a. M., 24. Okt. Heute nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr zogen etwa 5000 Arbeiter der Adlerwerke über die Mainzer Landstraße nach dem Innern der Stadt. Die Polizei hatte Anweisung, den Zug, falls er sich ruhig verhalte, passieren zu lassen. An der Konstablerwache geriet aber die dort aufgestellte Schutzmannschaft in Bedrängnis und mußte von der Schutzwaffe Gebrauch machen. Ein Polizeihauptmann wurde dabei verwundet und ein Arbeiter getötet. Auch einige andere Demonstranten trugen Verletzungen davon. Kurze Zeit darauf bewegte sich ein zweiter Zug in der gleichen Stärke in derselben Richtung, wurde aber in der Kaiserstraße von der Schutzpolizei aufgehalten und zersprengt.

Braunschweig, 24. Okt. In Schöningen und im Braunschweiger Kohlenrevier wurden gestern nachmittag Bäckerei- und Lebensmittelgeschäfte geplündert. Zur Verstärkung der örtlichen Polizei wurde Schutzpolizei von Braunschweig entsandt.

Braunschweig, 25. Okt. Auch gestern kam es hier an verschiedenen Stellen zu erregten Ansammlungen. Ernste Unruhen sind jedoch nicht zu verzeichnen. Die Polizei ist bisher Herr der Lage. Im Verlaufe der vorgestrigen Nacht wurden aus den Ansammlungen heraus etwa 250 Personen verhaftet. Bei 14 Personen wurden Schuß- und Schlagwaffen vorgefunden.

Harburg, 25. Okt. In Harburg versuchte gestern ein Trupp junger Burschen die Polizeiwache am Rathausplatz zu stürmen. Die Polizei säuberte die Straßen. Die Kommunisten verkündeten in Harburg den Generalstreik. Bei den Unruhen wurden drei Demonstranten getötet und 60 verwundet.

Privatisierung der städtischen Werke Berlins.

Berlin, 27. Okt. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschloß, aus den städtischen Werken drei Aktiengesellschaften zu bilden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 27. Oktober 1923.
Sonntagsgedanken.
Leben.

Sorge nicht um das, was kommen wird. Weine nicht um das, was vorgeht. Aber Sorge dich selbst nicht zu verlieren und weine, wenn du dahintriffst im Strome der Zeit, ohne den Himmel in dir zu tragen. Schleiermacher.

Jeder Tag ist ein kleines Leben; jedes Erwachen und Aufstehen eine kleine Geburt; jeder frische Morgen eine kleine Jugend und jedes Zu-Bette-Gehn und Einschlafen ein kleiner Tod.

Ein Erlaß des Wehrkreiskommandeurs zur Ersparung von Licht und Heizmaterial.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Der Kommandeur des V. Wehrkreises hat an die Regierungen der Länder und an die Ober- und Regierungspräsidenten der zu seinem Wehrkreis gehörenden preussischen Provinzen folgendes Schreiben gerichtet: „Die große Not zwingt neben anderen Maßnahmen auch zu einer noch sehr zu verschärfenden Sparsamkeit an Kohlen und Licht und anderer Brenn- und Betriebsstoffe in der großen Öffentlichkeit. Ich halte es aus dem Grunde für notwendig, in sämtlichen Betrieben und Schulen bis auf weiteres die Durcharbeitszeit einzuführen, den Verkehr der Straßenbahnen und die Polizeistunde keineswegs über 11 Uhr abends auszudehnen, den Lustkraftwagenverkehr zu unterbinden, ohne den geschäftlichen und ärztlichen Verkehr zu hemmen, und jeder öffentlichen Lustbarkeit über die Polizeistunde hinaus die Erlaubnis zu versagen. Ich ersuche die Regierungen, mir umgehend mitteilen zu wollen, wieweit sie diese Sparmaßnahmen schon durchgeführt haben oder selbst auf diese Anregung hin durchführen wollen, bzw. welche etwaigen weiteren Vorschläge oder Angaben sie hinzuzufügen haben, damit ich Maßnahmen einzelner Regierungen, über die schon Erfahrungen gesammelt sind, verbreitern kann.“

Hilfsverein für die höheren Schulen.

In einer kürzlich abgehaltenen Sitzung des Elternausschusses der hiesigen höheren Schulen wurde die Frage erörtert, ob nicht auch hier, wie überall sonst am Orte höherer Schulen, ein Hilfsverein für diese Schulen gegründet werden sollte. Den Ausführungen des Studiendirektors Dr. Knodel in dieser Sitzung entnehmen wir Nachstehendes: Die Not der Zeit pocht auch an die Pforten der höheren Schulen immer lauter und eindringender. Die Preise für Bücher und Hefen, für alle Lehr- und Lernmittel überhaupt, sind für die Schule selbst, wie für weite Kreise der Eltern unserer Schüler fast unerschwinglich geworden. Um nun den höheren Schulen einen tüchtigen Schülerwachstum zu erhalten, ist es dringend erforderlich, daß wirtschaftlich schwachen

tüchtigen Schülern eine weitgehende Unterstützung zuteil wird, daß Mittel und Wege gefunden werden, um die Ausbildungskosten der Schüler überhaupt zu verbilligen, daß ferner nichts versäumt wird, das dazu dienen kann, die Gesundheit und die körperliche Entwicklung der Schüler zu fördern. Zur Erfüllung dieser Aufgaben unserer heranwachsenden Schulfugend gegenüber soll auch hier, wie überall am Orte höherer Schulen, ein Hilfsverein für die hiesigen höheren Schulen gegründet werden, der ferner ein Glied sein soll des großen Hilfsverbands für die höh. Schulen Württembergs, der die Hilfsvereine aller der Ministerialabteilung für die höh. Schulen unterstellten Anstalten umfaßt. Wir möchten kurz gesagt die hiesigen höheren Schulen in den Mittelpunkt eines aus den Eltern unserer Schüler, aus den ehemaligen Schülern unserer Schule und aus sonstigen Persönlichkeiten gebildeten Kreises von Freunden unserer Schüler stellen, die in planmäßigem Zusammenarbeiten bereit sind, das Verständnis für die große Bedeutung der höheren Schulen zu fördern und aus dieser Erkenntnis heraus mitzuwirken und in weiteren Kreisen zu werben, damit die hiesigen höheren Schulen auch in dieser Zeit der Not ihre Aufgabe, tüchtige Schüler aus allen, auch den wirtschaftlich schwachen Kreisen Calws und seines Bezirks heranzubilden, gemacht werden können. Der Elternausschuß konnte sich der durch die Zeitverhältnisse geschaffenen Notlage der höheren Schulen nicht verschließen und beschloß der Gründung eines Hilfsvereins für die hiesigen höheren Schulen näherzutreten.

Die neuen Postgebühren.

Die wesentlichen Gebühren, die vom 1. November 1923 an im Post- und Postfachverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende (alles in Millionen): Für Postkarten im Ortsverkehr 10, im Fernverkehr 20, für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 20, im Fernverkehr 50, für Drucksachen bis 25 Gramm 10, für Geschäftspapiere und Mitteilungen bis 250 Gramm 50, für Warenproben bis 100 Gramm 30, für Paketen bis 1 Kilo 100 Millionen, für Pakete bis 3 Kilo 1. Zone (bis 75 Kilometer) 250, 2. Zone (über 75—375 Kilometer) 500, 3. Zone (über 375 Kilometer) 500, für Postanweisungen: bis 500 Mill. M. 20. Die Einschreibgebühr ist auf 50 Mill. M., die Vorzeigebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 25 Mill. festgesetzt. Für die Einzustellung sind bei Vorauszahlung zu entrichten für eine Brieffendung nach dem Ortsbestellbezirk: 100, nach dem Landbestellbezirk 300 Mill., für ein Paket 150 bzw. 400 Mill.

Andreas Hofer- und Südmärkband in Schwaben.

Der Andreas Hofer- und Südmärkband in Schwaben — Südmärk — der in engster Arbeitsgemeinschaft mit dem Landesverband Bayern des Andreas Hoferbundes für Tirol und gleichgerichteten Verbänden im Reich und Deutsch-Österreich, parteilose völkische Arbeit im großdeutschen Sinn verrichtet, veranstaltete jüngst im Gasthof „Herzog Christof“ in Stuttgart für Mitglieder und geladene Gäste einen gut besuchten Südmärkabend. Im Mittelpunkt stand die Vorführung von Lichtbildern aus der deutschen Südmärk. Etwa 60 Bilder gaben einen Einblick in die ge-

raubten und völkisch schwer bedröhten Lande des deutschen Südens und Südostens — Südtirol, Südkärntenland, Untersteier. — Ernste und heitere Weisen — Nieder zur Laute und Zither — umrahmten den Abend. Die Firma Schiedmayer stellte eine Kunstorgel zur Verfügung, die von Herrn Fritzsche meisterhaft gespielt wurde. Eine Szene packend, echt schwäbischen Humors bot die „Tiroler Keif“, mit der Fräulein Elise Roser, als Frau Gscheidle, die Versammlung erfreute. Die Abende sollen im Laufe des Winters noch ausgebaut werden und so das Verständnis für die treu ausstehende deutsche Südmärk auch im Schwabenland durch unmittelbare Anschauung wecken.

Eine Erklärung

der Deutschen Volkspartei Württembergs.
(S.C.B.) Stuttgart, 26. Okt. Der geschäftsführende Ausschuß und die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei in Württemberg haben eine Erklärung beschlossen, worin sie sich in den Meinungsstreit zwischen dem Reich u. Bayern entschieden hinter die Reichsregierung stellen. Die Reichseinheit müsse erhalten bleiben, der Staat seine Autorität wahren, Ruhe und Ordnung schaffen und für ausreichende Ernährung sorgen.

Arbeitervertreter beim General Reinhardt.

(S.C.B.) Stuttgart, 26. Okt. Eine Abordnung der Arbeiter der Schuhfabrik Hauwieser u. Co. in Cannstatt stellte folgende Forderungen auf: 1. Herausgabe der politisch Inhaftierten, 2. Entwaffnung der reaktionären Verbände und sofortige Entlassung der in Reichswehr und Polizei eingestellten Faschisten, 3. Herbeischaffung von Lebensmitteln. Der General Reinhardt sagte lt. „Schwäb. Tagwacht“ weitestgehende Prüfung der Eingefälle zu. Die Verhängung der Schuhhaft sei notwendig gewesen zur Sicherung der Truppentransporte, da nach glaubwürdigen Angaben der Polizeiorgane Sabotageakte zu befürchten waren. Es wäre auch wohl möglich, daß einzelne Mißgriffe vorgekommen seien, und er sei bereit, nach Prüfung des vorgelegten Materials gegebenenfalls bei unrecht Inhaftierten die Schuhhaft aufzuheben. Die Vermutung, daß die Reichswehr Beschützerin des Kapitals sei, sei unbegründet. Als amtliche Behörde habe sie die Aufgabe, den Staat zu schützen, und er werde kein Mittel unversucht lassen, gegen alle bewaffneten Verbände einzuschreiten. Wegen der Herbeischaffung von Lebensmitteln verwies der General auf seinen Aufruf und sprach die bestimmte Erwartung aus, daß diese Mahnung nicht ohne Erfolg bleiben werde. Er sei gewillt, unter Berücksichtigung der Eigenart der Landw. Verhältnisse gegen Hegez von dieser Seite auf das Schärfste einzuschreiten.

Schülermonatskarten.

(S.C.B.) Stuttgart, 26. Okt. Auf die kleine Anfrage des Abg. Dr. Schermann betr. Tarifänderung für Schülermonatskarten im Falle kurzer Zwischenferien hat das Arbeitsministerium u. a. geantwortet, daß ein Weg zur Abhilfe die Einführung von Schülerwochenkarten wäre, deren Preis auf ein Viertel des Preises einer Schülermonatskarte für das betreffende Kind festzusetzen wäre. Durch diese Maßnahme würde dem dringendsten Bedürfnis des Schülerverkehrs Rechnung getragen

Steffani Drehja.

Roman von Alexandra v. Bosse.

Unten vor der Freitreppe hielt der Wagen; Rüdiger sprang heraus. Er blickte auf, sah Steffani oben stehen im flackernden Licht. Während er die Treppe hinaufstieg, begann sein Herz stürmisch zu klopfen. Noch ehe er die letzten Stufen überschritten, nahm er den Hut ab, und mit dem Hute in der Hand trat er auf Steffani zu, legte den Arm leicht um ihre Schulter und küßte sie auf die Stirn. Die Begrüßung war nicht herzlich, als wenn er nach kurzer Abwesenheit heimgekehrt wäre, aber Steffani hatte noch weniger erwartet. Sie hätte in diesem Augenblick am liebsten ihre Arme um Rüdigers Hals geschlungen, ihren Kopf an seine Brust gelegt, um ihm zu sagen: „Nimm mich — halte mich — ich bin dein! Ich habe nichts getan, um es nicht mehr sein zu dürfen!“

Aber sie blieb regungslos, und kein Wort der Begrüßung kam über ihre Lippen. Nebeneinander gingen sie ins Haus.

„Wie geht es den Kindern?“ fragte Rüdiger, während Georg ihm den Mantel abnahm.

„Sehr gut! Aber sie schlafen schon längst,“ erwiderte Steffani und wunderte sich über den Klang ihrer Stimme.

Rüdiger ging nicht erst zu den Kleinen hinauf, wie Steffani eigentlich erwartete. Er wusch sich die Hände in der Garderobe, und dann kam er gleich in den Speisesaal, wo Steffani ihn erwartete. Hier erst bemerkte er, wie verändert sie aussah; sie war abgemagert, ihre Schläfen erschienen eingesunken. Aber jetzt färbte die Erregung ihre Wangen höher, ihre Augen glänzten feurig, und ihre Lippen waren rot, in ihrer Unrast hatte sie ihre Zähne hineinpreßt, während sie angstvoll auf Rüdiger wartete.

Er hatte beschlossen, sich nichts merken zu lassen, bis er mit Steffani allein sein würde und ungestört mit ihr sich aussprechen konnte, und beherrschte sich so gut, daß sie sich durch seine Ruhe und Unbefangenheit anfänglich täuschen ließ. Es erwachte Hoffnung in ihr, daß er ihres Vaters Telegramm nicht erhalten habe, bereits abgereist war, als es eintraf, dann konnte sie, ehe Mißtrauen in seinem Herzen erwacht war, ihm alles erklären, daß er von ihrer Schuldlosigkeit überzeugt wurde. Sie hob die Augen, die ihr unbewußt die Qual der inneren Spannung verrieten, die sie beherrschte, aber Rüdiger sah auf seinen Teller, und die schwarzen dichten Wimpern verbargen seine Augen.

Während er scheinbar gleichgültig von seiner Reise sprach, und von Brasilien erzählte, beobachtete er verstohlen Steffani. Der langentbehrte Anblick ihres geliebten Gesichts erschütterte ihn, er sah den tiefen Leidenszug um ihre Lippen, das stumme Qual in ihren Augen, und er glaubte, sie nie so geliebt zu haben wie gerade jetzt, da sie ihm vielleicht schon für immer verloren war. Dann sah er, wie ihre Hand, als sie das Glas ergriff, zitterte, und er erkannte, daß sie sich vor seinem Kommen gefürchtet hatte, daß begreifliche Angst sie peinige vor der Aussprache mit ihm, der sie entgegenseh.

Rüdiger hielt den Atem an, fester legten sich seine Finger um Messer und Gabel; tiefer senkte er den Kopf, er wollte seine Frau nicht mehr ansehen. Und allmählich erkannte Steffani, daß er sich nur mühsam beherrschte, und es wurde ihr klar, daß er alles wußte. Es schien ihr gewiß, daß er erst Rechenhaft von ihr fordern wollte, wenn sie nach Tisch allein und ungestört waren; sie fühlte, daß er in seinem Herzen sie schon verdammt. Wie streng schlossen seine Lippen sich, sobald er schwieg; sie bemerkte auch, daß er es vermied, sie anzusehen; kalt und hart blitzten unter den dichten schwarzen Wimpern seine Augen.

Steffani erschauerte, alle Farbe wich aus ihrem Gesicht, und sie senkte den Kopf, versuchte gar nicht mehr den Schein der Unbefangenheit zu wahren.

„Alles aus! Wäre ich doch tot, könnte ich doch sterben,“ dachte sie verzweifelt.

Rüdiger fragte, wann Lottis Hochzeit stattfinden sollte. Steffani antwortete, fast ohne zu wissen, was sie sage. Dann erkundigte er sich nach Ebbo, warum Steffani ihm nichts von seiner Verlobung geschrieben habe.

„Ich habe es getan,“ murmelte Steffani mit versagender Stimme. Dann erhob sie sich plötzlich, obgleich die Nachspeise noch nicht aufgetragen war. Sie konnte die Qual dieser Mahlzeit nicht länger ertragen.

„Wollen wir doch hinübergehen — ja?“ sagte sie. Der Ausdruck ihres Gesichts wurde zusehens verstörter, ihre Augen flackerten wie die einer Irren. Rüdiger erhob sich sofort, folgte ihr in den Gartensaal, der hell erleuchtet und behaglich durchwärmt war. Im Kamin verglomm knisternd die Glut.

„Sie ist schuldig!“ sagte sich Rüdiger, und es schien ihm, als ob er mehr Beweise dafür nicht brauchte. Warum sonst ihre stichtliche Angst, ihre tiefe Verstörtheit? Er hatte leidenschaftliche Szenen und wollte sie auch jetzt vermeiden, er ermahnte sich selbst zur Ruhe, obgleich es in ihm tobte; nur gewaltsam beherrschte er sich noch.

Auf dem kleinen Tisch vor dem Kamin stand eine große Petroleumlampe, aus deren Zylinder die Flamme ein wenig züngelte. Wie um Zeit zu gewinnen, trat Rüdiger heran, beugte sich herab und schraubte den Docht ein wenig herunter. Steffani stand hinter ihm und sah ihm zu. Rüdigers schlank, nervige Hand war für einen Augenblick hell beleuchtet, daran blinkte als einziger Schmuck der breite Trauring — und die Hand zitterte, sagte zweimal fehl, ehe die Finger die kleine Schraube sicher ergriffen.

Als er sich wieder aufrichtete, sah er sich allein. Steffani hatte das Zimmer verlassen. Er runzelte die Brauen, es erschien ihm töricht, daß sie vor der unvermeidlichen Auseinandersetzung sich geflüchtet, so die Qual verlängerte für ihn und für sich selbst. Da eine Tür nicht geöffnet und nicht geschlossen worden, konnte Steffani sich nur in ihren eigenen kleinen Salon zurückgezogen haben, dessen Eingang nur ein schwerer Vorhang verdeckte. Sekundenlang zögerte Rüdiger, dann ging er festen Schrittes Steffani nach und schlug mit rascher Bewegung den Vorhang zurück.

In dem kleinen Raum brannten nur einige Kerzen auf dem kleinen bronzenen Kronleuchter, und Rüdigers Augen mußten sich erst an das schwächere Licht gewöhnen. Dann sah er Steffani an ihrem Schreibtisch stehen und sich darauf herabbeugen. Sie suchte in einem der Fächer und schien noch nicht bemerkt zu haben, daß er ihr gefolgt war. Weiß floß die perlgraue Seide ihres Kleides an ihrer hohen Gestalt herab, und unter dem dunklen Haarknoten schimmerte ein Stückchen des weißen Nackens über den Spitzen am Halsauschnitt, weil sie den Kopf tiefer herabneigte. Jetzt schien sie gefunden zu haben, was sie suchte; sie richtete sich auf, drehte sich um und fuhr erschrocken zusammen, als sie Rüdiger erblickte. Ihr Gesicht, das totendlak war, verzerrte sich wie im Krampf, und ihre Rechte, die einen kleinen, blinkenden Gegenstand hielt, sank herab, sie versuchte hastig, ihn in den Falten ihres Rockes zu bergen.

„Laß mich für einen Augenblick noch allein...“ sagte sie mühsam mit klangloser Stimme.

„Warum?“ fragte Rüdiger ruhig.

Sie sah ihn vor sich, wie sie ihn oft gesehen, wenn sie in schlaflosen Nächten, den Augenblick, der jetzt gekommen, sich vorgestellt. Seine hohe Gestalt war etwas vornübergebeugt, das Gesicht ernst und farblos, der Blick seiner steingrauen Augen streng, kalt und unerbittlich auf sie gerichtet. Ihre Hand umkrampfte das kleine stählerne Ding, das kaum kälter war als ihre Finger, aber sie vermochte den Arm nicht zu erheben, wie gelähmt hing er an ihr herab.

(Schluß folgt.)

werden, da an einzelnen Wochentagen, auf die sich der Unterricht zu Beginn und am Schluß der Ferien erstreckt, Schüler- und Fahrkarten benutzt werden könnten. Das Arbeitsministerium hat das Reichsverkehrsministerium dringend um Einführung von Schülerwochenkarten ersucht.

Kropf- und Tuberkulosebekämpfung in Württemberg.

Stuttgart, 26. Okt. In einer Sitzung des Landesgesundheitsrats für Württemberg wurde die Kropf- und Tuberkulosebekämpfung eingehend besprochen. Dabei wurde bezüglich des Kropfes festgestellt, daß er sich am häufigsten in den terrestrischen Formationen des Keuper und des Buntsandsteins, sowie im Miozän findet. Im Diluvium, dessen Ausschüttungen teils aus Urgestein, teils aus äolischen, teils aus marinem Material bestehen, sei die Kropfhäufigkeit verschieden. Für Württemberg sei der zweckmäßigste Weg der Kropfbekämpfung die Fortsetzung der wöchentlichen regelmäßigen Gabe von einer Jodpastille zu 0,001 bis 0,003 Gramm Jodkalium an jedes Schulkind vom 6. bis 14. Lebensjahr alljährlich mindestens sechs Monate lang. Zur Jodgewinnung wurde mitgeteilt, daß eine Untersuchung der Flugsande und des Rußes der Zement-, Kalk- und Deschlieferwerke erhebliche Mengen Jod ergeben habe, so daß eine technische Ausbeutung dieser großen Jodquellen empfohlen werden müsse. Je nach der Bodenart sei es außerdem in verschiedenen Gegenden des Landes möglich, durch geeignete Düngung so stark jodhaltige Gemüsepflanzen zu erzeugen, daß eine weitere künstliche Kropfprävention überflüssig sei. Ueber die Tuberkulosebekämpfung teilte der Berichterstatter, Ministerialrat Dr. v. Schnürlein mit, daß in Württemberg im ganzen 46 Tuberkulosefürsorgestellen bestehen, in der Hauptsache von Amtskörperschaften betrieben. Erhöhernd wirkte die rasende Geldentwertung und die Raum- und Wohnungsnot. Sehr günstig wirken Spezialärzte, Einrichtungen mit Röntgenapparaten und Fürsorgerinnen. Der Staatsbeitrag zur Tuberkulosebekämpfung müsse wöchentlich erhöht werden.

(S. B.) Herrenberg, 26. Okt. Wie anderorts hat sich auch in hiesiger Stadt ein Selbstschutz des Bürgertums gebildet, der nur den einen Zweck hat, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, sowie Haus und Hof der hiesigen Einwohner zu schützen.

(S. B.) Pforzheim, 26. Okt. Der Schlichtungsausschuß hat einen Schiedspruch mit vierwöchiger Wirkung gefällt, der eine Umstellung der Löhne in der Schmiedwarenindustrie auf Goldmarkgrundlage bringt. Für den gelernten Arbeiter sind 48 Goldpfennige als Grundlohn vorgeesehen; für die übrigen Berufsgruppen staffeln sich die Löhne nach unten bis auf 28 Goldpfennige für die Hilfsarbeiterin von 25 Jahren. Als Multiplikator für die Umrechnung in Papiermark soll der Berliner Briefkurs des Dollars aus fünf Börsentagen in der Weise zugrunde gelegt werden, daß der Dollar zu 4 Goldmark berechnet wird. Zum Schluß gegen die Lohnentwertung soll eine regelmäßige Abschlagszahlung in der Mitte der Woche erfolgen.

(S. B.) Stuttgart, 26. Okt. Am letzten Mittwoch wurde in den Abendstunden in einem Hause der Gartenstraße in Gaisburg ein Raubüberfall verübt. Kurz nach 8 Uhr abends drangen dort zwei Mannspersonen in die Wohnung eines Schlafwagenschaffners ein und zwangen die mit ihrem 6 Jahre alten Sohn allein anwesende Ehefrau unter Vorhaltung einer Schußwaffe und körperlicher Mißhandlung zur Abgabe des Bestandes und zur Herausgabe ihres Geldes. Mit ihrer Beute, bestehend aus 2 Dollar, etwa 100 Schweizerfranken, 10 dänischen, 2 norwegischen und 7 schwedischen Kronen, 97 holländischen Gulden, einem 10- und einem 20-Markstück, ergriffen die Täter, die von einer

Anzeigen-Schlüsselzahl 18 000 000

im Hausgang Wache stehenden dritten Person unterstützt wurden, die Flucht.

(S. B.) Scharenstetten N. Blaubeuren, 26. Okt. Der jugendliche Mörder, der vor einigen Wochen den 70 Jahre alten Tagelöhner Ströhle durch Hiebe mit dem Hammer getötet hat, ist von der Untersuchungshaft wieder nach Hause geschickt worden, da wegen Minderjährigkeit nicht gegen ihn verhandelt werden kann.

(S. B.) Waldsee, 26. Okt. Wie in anderen Städten des Landes, so haben sich auch hier Bürger zusammengeschlossen und einen Selbstschutz gebildet, der Gut und Blut gegen Ruhestörer und Plünderer, gleich welcher Richtung, verteidigen soll.

(S. B.) Crailsheim, 26. Okt. In der Aufgangsstraße zum Bahnhof erschoss sich ein etwa 60jähriger Mann. Die Persönlichkeit des Toten, der anscheinend den besseren Kreisen angehört, konnte bis jetzt nicht festgestellt werden, da er alles entzerrt hat, was zur Feststellung seiner Person dienen könnte.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.

1 Dollar	65 162 500 000 Mt.
1 Goldmark	15 514 880 952 Mt.
1 Schweiz. Franken	11 328 250 000 Mt.
1 franz. Franken	3 689 200 000 Mt.
1 holl. Gulden	24 621 500 000 Mt.

Zur Beseitigung der Bargeldnot.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Seit 19. Oktober ist in Württemberg neuerdings Zahlungsmittelknappheit eingetreten. Den Bemühungen der zuständigen Stellen gelang es zwar, die Produktion der in Stuttgart mit der Herstellung von Reichsbanknoten beauftragten Druckereien noch weiter zu steigern. Da jedoch der infolge der neuerlichen Geldentwertung stark angestiegene Bedarf der württ. Wirtschaft an Zahlungsmitteln auf diesem Weg allein nicht gedeckt werden konnte, erhob das Finanzministerium durch Vermittlung der württ. Gesandtschaft in Berlin Vorstellungen beim Reichsbankdirektorium, worauf gestern der teleg. Bescheid einlieft, die Reichsbank werde gestern und heute Württemberg besonders bedenken. Außerdem ist die Notenbank, die ihr vor kurzem erhöhtes Kontingent schon anfangs dieser Woche dem Verkehr zugeführt hat, vom Finanzministerium angewiesen worden, weitere 2000 Billionen heute, morgen und übermorgen zur Ausgabe zu bringen. Endlich ist die Ausgabe von Notgeld gegen Hinterlegung des entsprechenden Gegenwertes durch Gemeinden und Industriefirmen im Gange. Gestern fanden Besprechungen des Finanzministers mit dem Verband württ. Industrieller und der Vereinigung württ. Arbeitgeberverbände statt, wobei hauptsächlich die Ausgabe wertbeständigen Notgeldes auf Grund der Verordnung des Reichszanklers vom 23. Oktober erörtert wurde. Die Vorbereitungen dafür sind eingeleitet, so daß wertbeständige Notgeldscheine industrieller Betriebe im Laufe der nächsten Woche zur Lohnzahlung verwendet werden können. An alle Geschäftsinhaber ergeht die Bitte, der jetzigen Zahlungsmittelnot dadurch Rechnung zu tragen, daß der Annahme von Gutscheinen oder Schecks von Industriefirmen Schwierigkeiten nicht bereitet werden.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Nach den Berichten der württ. Arbeitsnachweise hat die Lage des Arbeitsmarktes im Laufe der letzten Monate in-

folge der fortschreitend ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Kapital- und Warenmarkt in allen Industrie- und Gewerbebezügen eine wesentliche Verschlechterung erfahren. Stärker als in der Zahl der Erwerbslosen äußert sich der Rückgang in den Arbeitszeitverkürzungen. Fast alle Betriebe, die keine Auslandsaufträge haben, arbeiten nur an vier, drei oder zwei Tagen in der Woche. Entlassungen wurden zwar bisher im allgemeinen noch nach Möglichkeit vermieden; sie nahmen jedoch in letzter Zeit zu. Auch die Anforderungen von Arbeitskräften für die Landwirtschaft gingen erheblich zurück, so daß die Ueberführung städt. Erwerbsloser auf das Land nicht mehr in Frage kommen konnte. Selbst bei der Vermittlung von weiblichen Hausangestellten macht sich ein Umchwung bemerkbar; kann auch die Nachfrage nach geübtem Personal noch nicht durchgehend befriedigt werden, so steigt die Zahl der Stellensuchenden doch merklich, so daß jüngere ungebildete Kräfte des öfteren bereits überschüssig waren. Die Zahl der voll unterstützten Erwerbslosen betrug am 15. Sept. zirka 3800, am 1. Okt. bereits mehr als 5000 gegenüber zirka 100 am 1. Oktober 1922.

Märkte.

(S. B.) Stuttgart, 25. Okt. (Vom Wochenmarkt.) Heute kosteten in Millionen Mark: Most- und Schütteläpfel 160-200, Tafeläpfel 360-500, Birnen 360-500, Zwetschgen 240-340, Quitten 240-280 Trauben 800 bis 3000, Nüsse 600-800, Tomaten 200-240, Spinat 160-200, Kraut 80-90, Rotkraut 160-200, Röhrl 100-160, gelbe Rüben 100-120 das Pfund, Salat 20-30, Endivie 40 bis 140, Kohlrübe 30-50, Blumenkohl 100-700, Rettiche 10 bis 100, Sellerie 40-140. Butter 13 Milliarden (war nicht am Markt), Eier ohne Preis, Schweineschmalz 15000, Margarine 10 000-12 000, Schmelzmargarine 12 000 bis 14 000, Kofosfett 10 500-11 000, Palmöl 11 000-14 500, Minderfett und Speisefett je 12 000 das Pfund. Edamerkäse 2400, Tilsiter 800, Rahmkäse 750-800, Backteintkäse 600 die 100 Gramm, Kräuterkäse 4000 das Laible 900 der Stöpel Camembert 13 000 die sechsteilige Dose, Mehl 2200, Grieß 4000, Nudeln 5000-7800, Erbsen und Bohnen 5500, Linsen 4500-6000, Kunsthonig 4600-6000, Milchpulver 10 000-14 000 das Pfund, Dosenmilch 7000 bis 9000.

(S. B.) Schömberg, N. Rottweil, 26. Okt. (Schweinepreis.) Dem letzten Markt waren 80 Schweine zugeführt. Es wurden bezahlt 36-50 Milliarden. Der Handel war flau.

Die kleinen Kleinhandelspreise blieben selbstverständlich nicht an den Werten- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. S. S. 1111.

Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die redaktionelle Verantwortung.

Muß „kleineres“ Geld angenommen werden?

Sehr geehrte Redaktion! Ich selbst bin schon abgewiesen worden, wenn ich „kleineres“ Geld, d. h. Papiergeld im Wert von 100 000 bis 1 Million M in Bezahlung geben wollte, und daselbe wurde mir auch von anderer Seite bestätigt. Man muß doch auch bedenken, daß viele Leute mit diesen Scheinen rechnen müssen, und kein anderes Geld haben. Darf ich fragen, ob nicht jedermann gesetzlich verpflichtet ist, auch „kleineres“ Geld zu nehmen, wenn es sich nicht um eine offensichtlich schändliche Sache handelt?

Antwort: Wie wir an unterrichteter Stelle erfahren, muß jedermann amtlich genehmigte Geldscheine, also auch städtisches Notgeld in „kleineren“ Scheinen in Bezahlung nehmen. Die Schriftleitung.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Weitzmann, Leiter. Druck und Verlag der H. Desslauer'schen Buchdruckerei. Calw.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Vom 28. Oktober bis 3. November beträgt die Verhältniszahl für die Ermäßigungen beim Steuerabzug 6000.

Die einzubehaltenden Beträge sind auf volle Millionen nach unten abzurunden.

Hirsau, den 26. Oktober 1923.

Finanzamt.
S. B. Eisele, St.-S.

Aufforderung

ergeht an jedermann zum Beitritt zu dem für die hiesigen höheren Schulen zu gründenden Hilfsverein, der es ermöglichen will, daß auch fernerhin trotz der enormen Verknappung aller Lernmittel Schüler aus allen Kreisen von Stadt und Bezirk diese Schulen besuchen können.

Im Namen des Lehrerkollegiums
des Elternausschusses:
E. Sannwald.
Im Namen der hiesigen höheren Schulen:
Dr. Knobel, Studiendirektor.

Forstamt Enzküsterle. Nadelstammholz- Verkauf.

Am Donnerstag, den 8. November 1923, nachmittags 2 1/2 Uhr, unmittelbar nach Eintreffen des Postautos, im „Waldhorn“ in Enzküsterle aus Staatswald Forst Langh.: Fm. 143 I., 305 II., 168 III., 74 IV., 27 V. und 6 VI. Kl. Säg-: Fm. 17 I., 48 II. und 9 III. Kl. Za. und St. Langh.: Fm. 149 I., 175 II., 207 III., 138 IV., 74 V. und 23 VI. Kl. Säg-: Fm. 9 I., 8 II. und 7 III. Kl. Loserzeichnisse von der Forstdirektion G. J. H. in Stuttgart.

FreieBäckerinnung Calw und Umgeb.

Montag Mittag präz. 5 Uhr
Besprechung
im Mädchenschulgebäude,
Badstraße, sehr wichtig,
Mehrerteilung.

Der Ausschuß.
Der Ausschuß um 1/4 Uhr.

Einkochapparat
m. Zubehöru. Eismachgläsern,
1 Paar neue Kinderschuh
Nr. 31 und 1 Südwesterhut
zu verkaufen oder gegen
Lebensmittel zu vertauschen.
Lederstraße 168, 3. St.

NEUZEITLICHE REKLAME- DRUCKSACHEN

aller Art liefern wir bei
billigen Preisen, sorg-
fältigster Ausführung in
denkbar kürzester Frist

A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw

Fernsprecher 9 Lederstraße 151.

Maria Weiß
Wilhelm Ehrensried
Verlobte

Calw Oktober 1923. Calw

Lichtspieltheater Badischer Hof.

Morgen Sonntag Mittag 3 Uhr und Abends 8 Uhr:
Meerpiraten 3. Episode: Das Opfer der Piraten
mit Eddie Polo.
Als Beiprogramm Schul- und wissenschaftliche Filme.

Billigste Presse. Prompte Bedienung. Bandsägen

in Holzuntergestell,
mit Kugellagerung,
für Landwirte und
Kleingewerbetreibende
unentbehrlich, laufend lie-
ferbar.

Friedrich Huber, Maschinenbau,

Unterreichenbach
D. N. Calw. Fernspr. 17.

Tausche eine 1 1/2 jährige
und eine 7 Monate alte
Ziege
gegen Obst, Kartoffeln
oder Frucht.
Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle ds. Pl.

Geffel

sind vorrätig bei
M. Ginader, Schreiner,
Stammheim.

Tafelklavier

auf längere Zeit zu vermieten
gesucht. Schriftl. Angebote an
d. Geschäftsst. ds. Pl. erbeten.

Sege einen 12 Monate alten



Zuchtfarren
(Rostschek) dem Verkauf aus.
Näheres in der Geschäfts-
stelle ds. Pl.